

Über 100 Unterschriften gegen 5G

Geplante 5G-Antenne beim Kindergarten Föhrewäldli in der Weiningen Fahrweid sorgt für Unruhe unter den Eltern.

Lydia Lippuner

Nachdem publik wurde, dass in unmittelbarer Nähe zum Kindergarten Föhrewäldli eine 5G-Antenne errichtet werden soll, macht sich Unmut breit in der Fahrweid. Über 100 besorgte Eltern und Anwohner sammelten Unterschriften gegen das Bauvorhaben. «Da ich das Anliegen unterstütze, nahm ich den Faden auf und wurde zum Sprachrohr der Eltern», sagt Nadja Möckli.

Laut der Petition, die der «Limmattaler Zeitung» vorliegt, wollen die Unterzeichnenden die Swisscom-Antenne nicht verhindern. Sie fordern aber, dass die Gemeinde einen Standort sucht, der Rücksicht «auf Kinder und besonders sensible Personen» nimmt.

In der Nähe des geplanten Standorts befindet sich zudem eine Sprachheilschule. «In Zukunft soll dort zudem ein neues Schulhaus entstehen», sagt Möckli. So seien gleich mehrere besonders schützenswerte Menschengruppen von den Strahlenemissionen betroffen.

5G-Antenne brachte das Fass zum Überlaufen

«Man weiss bis heute nicht, was die Strahlenmenge dieser Antennen langfristig bewirkt. Das macht den Eltern und Anwohnern Sorgen», sagt Möckli, deren Tochter ebenfalls vor Ort in den Kindergarten geht. Dabei sei das Baugesuch der 5G-Antenne nur der Tropfen gewesen, der das Fass in der Fahrweid zum Überlaufen gebracht habe. Das Quartier ist laut Möckli bereits seit Jahren belastet durch Verkehr, Lärmemissionen und die ansässige Industrie.

Obwohl man froh sei über ein gutes Handynetz, wolle man nun nicht ausgerechnet die Kleinsten vermehrt Strahlen aussetzen. «Gerade Kinder, welche noch keine Stimme haben,



In der Nähe des Kindergartens Föhrewäldli soll künftig eine 5G-Antenne stehen.

Bild: Sibylle Egloff

sollten geschützt werden», sagt Möckli. «Wir wünschen, dass die Gemeinde Weiningen Swisscom einen Alternativstandort für die 5G-Antenne vorschlägt.»

Swisscom verteidigt Standort bei Kindergarten

Derzeit verfügt die Swisscom über vier Mobilfunkstandorte im Raum Fahrweid und Weiningen. Den fünften Standort, der im Sommer 2023 für 39 000 Franken gebaut werden soll, begründete die Swisscom auf Anfrage der «Limmattaler Zeitung» damit, dass der Mobilfunkanbieter das Netz stetig ausbauen müsse, da die Kunden immer mehr Daten übers Mobilfunknetz übermitteln. Deshalb rüsten auch andere Mobilfunk-

anbieter ihr Netz auf und bauen es aus. Dass die Swisscom den Standort gegenüber dem Kindergarten Föhrewäldli ausgesucht hat, rechtfertigte sie wie folgt: «Dieser Standort passt in die bereits bestehende Netzarchitektur und ergänzt das Mobilfunknetz an der richtigen Stelle mit zusätzlicher Kapazität.»

Die Primarschule, die theoretisch Einspruch gegen die 5G-Antenne erheben könnte, tut dies laut Primarschulpräsidentin Brigitte Schai (SVP) nicht. Sie begründete dies auf Anfrage damit, dass die Bau- und Zonenordnung den Standort erlaube und die Strahlenemissionen laut Kanton unter den erlaubten Grenzwerten liegen. «Die Messwerte wurden dem Kanton zur

Überprüfung zugestellt. Somit sollte sichergestellt sein, dass die Grenzwerte eingehalten werden», sagte Schai. Dies sorgte für Unmut bei den Eltern. «Viele fanden es unverständlich, dass die Schule zum Schutz der Kinder nicht eingreift», sagt Möckli.

Fahrweid fühlt sich übergangen

Die Planung der 5G-Antenne habe bei den Anwohnern zudem bittere Erinnerungen an vergangene Bauvorhaben wachgerufen. «Es ist ein wiederkehrendes Problem in der Fahrweid», sagt Möckli. Auch bei der Abschaffung der Postfiliale, der Entfernung von Trottoirs an der Fahrweidstrasse oder der Bauauschreibung der Biotech-Firma

Evitra habe man sich in der Fahrweid übergangen gefühlt. «Wir möchten mehr in die Entscheidung der Gemeinde miteinbezogen werden», sagt Möckli.

So hoffen die Anwohner nun, dass aufgrund der gesammelten Unterschriften ein Dialog stattfinden wird. «Überdies hat sich auch der Quartierverein hinter das Anliegen gestellt», sagt Möckli. Deshalb sei sie zuversichtlich, dass das Anliegen bei der Gemeinde Gehör finde und man einen anderen Standort für die 5G-Antenne finden könne. Sollte dies nicht der Fall sein, werde man rechtliche Schritte prüfen und allenfalls mit einem Rekurs gegen die geplante Antenne beim Kindergarten vorgehen.

Nachrichten

Gemeinde setzt jetzt auf neue Parkuhren

Unterengstringen Die Gemeinde Unterengstringen hat am 15. Dezember drei neue Parkuhren in Betrieb genommen, wie sie in einer Mitteilung vom Freitag schreibt. Die neuen Parkuhren ersetzen die bisherigen Parkuhren an den Standorten Gemeindehaus, Eckstein und Langwisen. Laut der Mitteilung der Gemeinde gilt an diesen Standorten neu das Prinzip «pay by plate». Auf Deutsch heisst das so viel wie «bezahle mit der Nummer». Denn neu muss man sich nicht mehr die Parkplatznummer merken, sondern gibt an der Parkuhr stattdessen die eigene Autokennzeichennummer ein, also zum Beispiel ZH123456. Mit diesem neuen System gehe Unterengstringen einen weiteren Schritt in Richtung Digitalisierung, hält die Gemeinde in ihrer Mitteilung fest. Zudem entstünden so auch weniger Fehler. (deg)

Jakob-Schälchli-Strasse: Bau startet Mitte Januar

Urdorf Die Gemeinde Urdorf wird im Auftrag der Eigentümer des Quartierplans Schürhof die Jakob-Schälchli-Strasse verlängern. Von ihrem nördlichen Ende soll eine Verbindung bis zur Strasse Im Grüt gebaut werden. «Der Baustart ist für Montag, 16. Januar 2023, vorgesehen. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich sechs Monate», schreibt nun die Gemeinde Urdorf in einer Mitteilung. Zum Strassenbau gehören auch die Wasser- und Abwasserleitungen, die Elektrizität und Leitungen der Swisscom. «Die neue Fahrbahn verläuft in einer Kurve und wird mit einer Breite von 4,5 Metern und einem einseitigen Gehweg von 2 Metern erstellt», heisst es weiter. Auf der Strasse wird Tempo 30 gelten. Die privaten Grundeigentümer fungieren als Bauherren, die Gemeinde als Bauherrenvertreterin und das Regensdorfer Ingenieurbüro EFP AG hat die örtliche Bauleitung inne. (deg)

Bewegtes Jahr für das Asylwesen in Dietikon und Schlieren

2022 veränderte die Situation für Asylsuchende. Dabei spielte nicht nur der ausgetrocknete Wohnungsmarkt im Limmattal eine Rolle.

Lydia Lippuner

Anlässlich des internationalen Tags der Migranten am Sonntag fragte die «Limmattaler Zeitung» Schlieren und Dietikon, wie sich die Zahl der Asylgesuche in den letzten Monaten verändert hat und welche Herausforderungen die Städte besonders beschäftigen.

Dietikon ist zufrieden mit Integrationsprogramm

Vom Dietiker Sozialvorsteher, Philipp Müller (FDP), hört man anlässlich des internationalen Tags der Migranten lobende Worte für die Stadt und die Zugewanderten. Obwohl die letzten Monate aufgrund der Flüchtlingswelle aus der Ukraine nicht einfach gewesen seien, sei die Solidarität stets gross geblieben. «Die Unterstützung war und ist

sehr beeindruckend», sagt Müller auf Anfrage. So leben in Dietikon immer noch rund 80 geflüchtete Menschen aus der Ukraine bei Privatpersonen. In kürzester Zeit so viele Wohnungen für Asylsuchende zu finden, sei im angespannten Wohnungsmarkt eine grosse Herausforderung gewesen.

Seit der Erhöhung des Kontingents im April muss Dietikon 252 Plätze für Asylsuchende bieten. Dabei werde der Platzbedarf in den nächsten Monaten laut Müller noch mehr steigen. Dies gilt für die gesamte Schweiz, denn das Staatssekretariat für Migration registrierte im Oktober 3208 neue Asylgesuche. Das ist der höchste Monatswert seit Anfang 2016. Parallel dazu stellen Ukrainer weiterhin Gesuche für den Schutzstatus S, dieser wurde

kürzlich bis im März 2024 verlängert. «Die Gemeinden können derzeit nicht mit einer Entspannung und einem Rückgang der Asylzahlen rechnen», sagt Müller. Denn auch wenn man die geopolitische Entwicklung nicht vorhersagen könne, seien die Flüchtlingsströme derzeit doch anhaltend hoch. Das wirkt sich auch auf Dietikon aus: «Wir stellen uns darauf ein, dass wir noch über längere Zeit höhere Fallzahlen zu bewältigen haben werden», sagt Müller. Nebst Gesuchen von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine sei auch die Anzahl Asylgesuche aus Ländern wie Afghanistan, der Türkei und verschiedenen nordafrikanischen Staaten hoch.

Müller zeichnet grundsätzlich ein positives Bild zur Asylsituation. «Die Integration hat sich seit Einführung der be-

schleunigten Asylverfahren im März 2019 stark verbessert», sagt Müller. Dank der kantonalen Integrationsagenda, die 2021 eingeführt wurde, erhalten nun auch Asylsuchende Sprachförderungskurse und können eine Berufsbildung absolvieren. Das ist laut Müller hilfreich, denn so werden die Betroffenen rascher in die Arbeitswelt und die Gesellschaft integriert. Gleichzeitig reduziere man damit auch die Abhängigkeit von der Sozialhilfe. «Ich begrüsse dies sehr», sagt Müller. Weiter mache die Stadt gute Erfahrung mit dem Beschäftigungsprogramm «Sauberes Dietikon», an dem Asylsuchende teilnehmen.

Arbeitsmarktintegration als grösste Herausforderung

Auch in Schlieren sucht die Verwaltung händierend nach

Unterkünften für Zugewanderte. Dabei trocken der Wohnungsmarkt immer mehr aus, während die Anzahl Asylsuchender zunehme. «Seit März 2022 sind die Flüchtlingszahlen wegen des Ukraine-Krieges in die Höhe geschossen», sagt Songül Viridén (GLP), Ressortvorsteherin Alter und Soziales der Stadt Schlieren. Im Jahr 2022 seien überdies auch aus anderen Ländern mehr Zuwanderer in der Schweiz angekommen. So sei die Stadt einerseits auf Gastfamilien und andererseits auf kulante Liegenschaftsverwaltungen angewiesen. Mit vereinten Kräften habe man schliesslich alle Asylsuchenden unterbringen können. In Schlieren sind aktuell rund 230 Flüchtlinge beheimatet, damit erfüllt die Stadt das geforderte Kontingent. Für den Winter

rechnet Viridén aber mit einer Zunahme von Asylsuchenden aus aller Welt. «Für deren Bewältigung wäre die Unterstützung des Bundes und der Kantone hilfreich», sagt Viridén.

Denn mit einer Unterkunft sei nur der erste Schritt getan. «Neben der Unterbringung wird die Integration in den Arbeitsmarkt die grösste Herausforderung sein», sagt Viridén. Die Verwaltung sei froh über die Angebote des Kantons – denn dank Deutschkursen und Ausbildungen könnten die Flüchtlinge besser integriert und langfristig finanziell unabhängig werden. Dabei gelinge dem grössten Teil der Flüchtlinge sowohl die berufliche als auch die soziale Integration. «Es bleibt aber auch ein kleiner Teil, der langfristig unterstützt werden muss», sagt Viridén.